Für Kinder und Schafe ist kein Platz mehr

Exklusiv Eidechsen-Umsiedlung auf den Killesberg hat Folgen – Anwohner beklagen verletzte Hunde

360 Eidechsen haben im Spätsommer auf der Feuerbacher Heide eine neue Heimat gefunden. Wie viele von ihnen überhaupt noch dort leben, lässt sich nicht sagen. Andere Tiere dagegen werden das Gebiet künftig meiden.

Von Jürgen Bock

STUTTGART. Einige Spaziergänger stehen an der Parlerstraße und schauen den Hang hinauf. Wo noch vor einigen Monaten eine satte Wiese war, dominieren jetzt Steinhaufen. „Das ist der größte Schwachsinn hier“, sagt eine Frau, die ihren Hund ausführt. „Früher haben die Leute die Fläche genutzt. Wenn die Eidechsen hätten hier sein wollen, dann wären sie ja längst da gewesen.“

Die Projektpartner von Stuttgart 21 haben im Spätsommer 360 streng geschützte Mauereidechsen aus dem Neckartal auf den Killesberg umgesiedelt – unter heftigen Protesten. Inzwischen sind die Zäune um das Gelände entfernt. Dafür stehen 19 Warnschilder. „Die Wälle sind nicht zum Begehen vorgesehen und geeignet. Es besteht Verletzungsgefahr. Das Betreten erfolgt auf eigene Gefahr. Eltern haften für ihre Kinder“, heißt es an jeder Ecke der 15 000 Tonnen schweren Aufschüttungen. Vier weitere Schilder erklären das neue Eidechsen-Habitat.

Die Steinwüste und die Warnhinweise werfen bei vielen, die hier unterwegs sind, Fragen auf. Schließlich hatten die Projektpartner nicht nur in einer Anwohnerinformation betont, die Nutzung des Geländes sei weiterhin vollumfänglich für alle möglich. „Ich kann doch hier die Kinder nicht mehr Drachen steigen lassen, wenn ich aufpassen muss, dass sie den Steinhaufen nicht zu nahe kommen und sich womöglich verletzen“, sagt eine Mutter, die mit Kinderwagen unterwegs ist. Ihre Begleiterin spricht von einem „Schwabenstreich“. Und Hundebesitzer berichten, dass sich bereits mehrere Tiere an den groben Steinen schwer verletzt hätten – bis hin zu teilamputierten Pfoten.

> **„Da kann ich mit den Schafen nicht mehr rein. Auch mit Maschinen nicht.“**
>
> Reinhold Weiss
> Schäfer

Doch das ist nicht alles. Hatten die Projektpartner stets betont, auch der weithin beliebte Schäfer könne die Fläche weiter mit seiner Herde nutzen, sieht das inzwischen anders aus. „Da kann ich mit den Schafen nicht mehr rein“, sagt Reinhold Weiss. Der Betrieb aus Leonberg hat auf der Feuerbacher Heide bisher auch Heu gemacht. „Das geht auch nicht mehr. Das lässt sich mit Maschinen jetzt nicht mehr bewirtschaften“, sagt der Schäfer. Er habe der Stadt deshalb mitgeteilt, sie solle die Eidechsen-Fläche aus dem Pachtvertrag herausnehmen.

Der Schäfer ärgert sich, dass alles „sehr schnell und unüberlegt“ gegangen sei. „Das ist teuer und schade um die Fläche“, sagt Weiss. Er denkt offenbar darüber nach, ob es sich für ihn nach 38 Jahren überhaupt noch lohnt, künftig auf die Feuerbacher Heide zu kommen, die ihr typisches Landschaftsbild auch der Schafbeweidung verdankt: „Das ist ohnehin immer weniger geworden. Aber jetzt behalten wir mal noch den Vertrag für die angrenzende Fläche.“

Bei der Stadt bestätigt man, dass der Schäfer auf das Garten-, Friedhofs- und Forstamt zugekommen sei, um mitzuteilen, dass er die Fläche auf der Feuerbacher Heide nicht mehr nutzen wird. Man habe ihm inzwischen verschiedene Ausweichmöglichkeiten angeboten, sagt eine Sprecherin. Dazu gehören Flächen auf dem Wartberg-Areal, im Viergiebel-Gebiet zwischen Birkenwald- und Parlerstraße und auf den Fildern.

Mancher Hundebesitzer nimmt sein Tier jetzt freiwillig an die Leine. Vorgeschrieben ist das auf der Feuerbacher Heide nicht. „ Es gibt keine Einschränkungen durch die Grünflächensatzung oder Polizeiverordnung“, sagt eine Rathaus-Sprecherin. Ausnahmen seien die Liegewiese rund um den Bismarckturm sowie die dort unmittelbar angrenzenden Grünflächen. Diese fallen unter die Straßen- und Anlagen-Polizeiverordnung. Hier müssen Hunde an die Leine.

Ein Anwohner hat jetzt noch einmal einen Brief an mehrere Grünen-Abgeordnete sowie an die Bahn geschrieben. Er fordert längst versprochene Antworten auf noch offene Fragen ein. Darin ist die Rede vom „Aussitzen dieser für Sie durchaus unbequemen und lästigen Angelegenheit“.

Wie viele der umgesiedelten Eidechsen überhaupt noch da sind, lässt sich nicht sagen. „Noch sind keinerlei Aussagen zum Gesundheitszustand oder zur Populationsstärke möglich“, sagt ein Sprecher der Bahn-Projektgesellschaft. Frühestens im März oder April könne man sich das anschauen, wenn die Tiere wieder aktiv sind. Wirklich fundierte Aussagen über die Entwicklung seien erst nach Jahren möglich. Ob die Umsiedlung ein Erfolg sei oder nicht, lasse sich wohl 2020 abschätzen, heißt es bei der Bahn. Das Monitoring, also die Beobachtung und wissenschaftliche Begleitung, ist auf fünf Jahre ausgelegt.

So mancher Anwohner kommt da zu ganz eigenen Schlüssen. „Raubvögel und Katzen in dem Gebiet sind gut genährt“, sagt einer. Ein anderer hat beobachtet, dass es in Gärten und auf Terrassen in der Umgebung seit dem Spätsommer viel mehr Eidechsen gebe als sonst. „Die sind doch längst alle umgezogen, weil sie nicht in diesen Sozialbauten leben wollen“, sagt er und schüttelt den Kopf.

Warnschilder weisen auf Gefahr auch für Kinder hin. Foto: Lichtgut/Leif Piechowski

Das neue Areal für Eidechsen auf dem Killesberg

Kommentar

Nur Verlierer

Von Jürgen Bock

Die Posse um die Eidechsen-Umsiedlung auf die Feuerbacher Heide weitet sich immer mehr aus. Seit Lurchi und seine Freunde sich dort mit monströsen Steinhaufen, Baggern und Zäunen angekündigt haben, reißen die Proteste nicht ab. Von der Verschandelung des Gebiets war und ist die Rede, von immensen Kosten und der Frage nach dem Sinn. Dabei haben die Projektpartner stets betont, es werde alles wieder wie früher. Spielende Kinder, laufende Hunde und ein Heide-Idyll mit Schafherde. Alles Hand in Hand mit fröhlich sich sonnenden Echslein.

Jetzt zeigt sich: All das klappt so nicht. Der Schäfer kann die Fläche nicht mehr nutzen. Hunde verletzen sich. Und Eltern sollen, deutlich gemacht durch sage und schreibe 19 Warnschilder, dafür haften, wenn ihre Kinder verunglücken oder Schaden an den Steinwällen anrichten. Das ist weit weg von allem, was vorher dort gewesen ist. Von der Optik, die an eine Steinwüste erinnert, mal abgesehen. Es gibt nur Verlierer. Die Bahn gibt horrende Summen aus. Glaubt man Experten, dürfte es um die heimatlosen Eidechsen geschehen sein. Stadt, Anwohner und Nutzer verlieren eine wertvolle Fläche.

Und wer ist schuld? Alle und keiner. Die Stadt hat die Fläche zur Verfügung gestellt, das Regierungspräsidium dabei mitgewirkt, die Bahn alles Weitere veranlasst. Nur: Freiwillig hat dabei niemand Hurra geschrien. Denn der Artenschutz schreibt's vor. Der ist unbestritten wichtig – treibt aber manchmal seltsame Blüten. Stellt sich die Frage, ob man nicht viel früher anderswo eine besser geeignete Fläche hätte finden können. So bleibt nur die Posse vom Killesberg.

juergen.bock@stuttgarter-nachrichten.de

Hegelsaal wird für 24 Millionen Euro saniert

Teile der Liederhalle bleiben für voraussichtlich ein Jahr geschlossen

Von Frank Rothfuss

STUTTGART. Das Kongresszentrum der Liederhalle wird für 24 Millionen Euro saniert. Der Hegelsaal, der Schillersaal und die Tagungsräume werden deshalb vom Sommer 2019 bis zum Sommer 2020 geschlossen.

Kein Einlass mehr: Der Hegelsaal wird 2019 saniert. Foto: Max Kovalenko

Nötig wird dies vor allem, weil der Brandschutz nicht mehr den heutigen Standards entspricht. Und auch weil die Veranstaltungsgesellschaft in.Stuttgart den 1991 errichteten Anbau an die 61 Jahre alte Liederhalle anders nutzt als damals vorgesehen. Einst glaubte man, man nutze die Foyers vor den Sälen nur zum Bewirten und Beisammensein, seit Längerem schon werden sie auch in die Konzepte von Messen einbezogen. Das heißt, dort sind Stände aufgebaut. Diese Nutzung war allerdings vom Baurecht nicht gedeckt, jede Veranstaltung musste einzeln genehmigt werden. Ein aufwendiges und teures Verfahren. Zudem hatte sich 2009 bei einer Brandverhütungsschau ergeben, dass der Brandschutz nicht mehr zeitgemäß ist.

All dies will man nun in einem Aufwasch erledigen. Man schafft zusätzliche Fluchtwege aus den Sälen, erneuert die Brandmeldeanlage, trennt das Feuerlöschsystem vom Trinkwassernetz. Und wenn man schon am Arbeiten ist, erneuert man auch Bühnen und die Veranstaltungstechnik. Leitfähig soll zudem das Gebäude werden. 1991 dachte noch kein Mensch an das Internet, heute werden bei Kongressen Apps benutzt, man kann so Fragen stellen, an Umfragen teilnehmen. Dafür muss das Netzwerk des Kongresszentrums erneuert werden.

Mit den Kunden versuche man Ausweichquartiere zu finden, sagt Geschäftsführer Martin Rau. Einerseits stünden im Sommer 2019 die Wagenhallen zur Verfügung, andererseits sei man im Gespräch mit den umgebenden Kommunen wie Fellbach, Esslingen oder Filderstadt. Auf dass die Veranstalter nach einem Jahr Pause dann wieder zurückkämen.

Der Betrieb im Mozart-, Beethoven- und Silchersaal geht wie gehabt weiter.

Wie gehabt blickt in.Stuttgart auch auf ein gutes Geschäftsjahr zurück. 212 Veranstaltungen wird man 2017 in der Schleyerhalle und der Porsche-Arena ausgerichtet haben. Für 2018 sind bereits 232 Veranstaltungen geblockt. Damit wäre man nahe am Rekordjahr 2015, als man 239 Veranstaltungen zu Gast hatte. Die allerdings mit göttlicher Hilfe – in Stuttgart war damals der Evangelische Kirchentag.

Absichtlich Unfälle verursacht

Von Christine Bilger

STUTTGART. Die Beamten der Verkehrspolizei ermitteln gegen sieben Männer, die in den Jahren 2015 bis 2017 absichtlich Unfälle provoziert haben sollen, um die Versicherungssummen zu kassieren. Die Tatverdächtigen sind zwischen 23 und 65 Jahre alt. Vier von ihnen waren vor vier Jahren schon einmal mit ähnlichen Delikten aufgefallen. Mitarbeitern einer Versicherung waren mehrere Schadensfälle komisch vorgekommen, deshalb schalteten sie die Verkehrspolizei ein.

Es geht um rund 20 Unfälle, bei denen die mutmaßlichen Betrüger manipuliert haben sollen. Die Masche ist seit Längerem bekannt: Mehrere Beteiligte verursachen Unfälle, bei denen sie eigene Fahrzeuge einsetzen. Danach reichen sie die Schäden bei der Versicherung ein. Dabei sind sie in Wahrheit keine Gegner in den Fällen, sondern stecken unter einer Decke. Mitunter sind auch Werkstätten in solche fingierte Unfälle involviert.

Für die entstandenen Schäden sollen die sieben Männer aus Stuttgart und dem Kreis Ludwigsburg von den Versicherungen insgesamt rund 100 000 Euro gefordert haben. Etwa 35 000 Euro davon sollen bereits geflossen sein. Am Dienstag durchsuchte die Polizei vier Wohnungen in der Landeshauptstadt und vier im Kreis Ludwigsburg. Dabei nahmen die Ermittler Unterlagen mit, die nun als Beweismaterial ausgewertet werden müssen. Außerdem stellten die Beamten knapp 30 000 Euro Bargeld sicher. In der Wohnung eines 53-jährigen Tatverdächtigen fand die Polizei zudem scharfe Munition für Waffen diverser Kaliber, die er unerlaubterweise besaß.

Fahrer sehen sich von SSB um Lohn geprellt

Nahverkehrsbetrieb soll Wegezeiten bei den Dienstplänen nicht berücksichtigt haben – Vorstand bestreitet Fehler

Von Konstantin Schwarz

STUTTGART. Die Beschäftigten der Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) sehen sich vom Arbeitgeber bei der Aufstellung ihrer Jahres-Dienstfahrpläne 2017/2018 übergangen. Der Betriebsrat sei entgegen der Vorschriften zu spät gehört und Wegezeiten der Beschäftigten seien nicht berücksichtigt worden, was in der Summe zu erheblichen Einsparungen für den städtischen Nahverkehrsbetrieb führe – auf Kosten der Mitarbeiter. Der Arbeitsrechtler Uwe Melzer beantragte am Dienstag beim Arbeitsgericht, dass die Dienstpläne nicht angewandt werden dürfen. Unmittelbare Auswirkungen auf den Fahrplan für die Stadtbahn- und Busnutzer hat dies nicht. Allerdings könnte ein Antrag auf eine einstweilige Verfügung die Lage verschärfen.

Es ist nicht die erste Auseinandersetzung zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsführung. Bereits beim Jahresfahrplan 2014/2015 gab es Uneinigkeit, später bei diversen Sonderfahrplänen. Ende 2015 hatte eine Einigungsstelle gegen die Stimmen der Beisitzer des Betriebsrates eine Vereinbarung beschlossen, in welcher Weise Dienstpläne aufzustellen seien. So muss der Betriebsrat spätestens vier Wochen vor deren Inkrafttreten informiert werden, um überhaupt mitbestimmen zu können.

Besonderen Ärger verursachen für die Beschäftigten nicht berücksichtige Wegezeiten. Das Fahrpersonal muss seine Arbeit in Uniform verrichten, das ist Vorschrift und war vom Bundesarbeitsgericht im November 2015 entschieden worden. Wer also vom Betriebshof noch eine Strecke bis zur Übernahme des Fahrdienstes an einer Haltestelle zurückzulegen hat, für den ist diese Strecke und Zeit Geld wert. Auch für den Kontrollgang durch Bus und Bahn soll Zeit bleiben, um Schäden festzustellen, Sicherheitseinrichtungen zu prüfen, Fundsachen aufzusammeln. Ein externes Gutachten habe je nach Dienstplan und Fahrt 20 bis 25 und beim Bus 14 Minuten ergeben. Angerechnet worden seien bei den Dienstplänen nun aber pauschal nur zehn Minuten.

„Das Fahrpersonal kann erwarten, dass es unter Beachtung der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates eingesetzt und für seine geleistete Arbeit bezahlt wird“, sagt Uwe Melzer.

> **Der Verlust der Stuttgarter Straßenbahnen würde um drei Millionen Euro steigen**

Wöchentlich könnten sich pro Beschäftigtem mehrere unbezahlte Stunden ansammeln. Hochrechnungen des Betriebsrates – die SSB haben rund 3200 Beschäftigte – führen zu 70 Stellen, die sich aus den tatsächlichen Wege- und Rüstzeiten ergäben. Überschlägig entspräche dies für den defizitären Betrieb, der eben vom Gemeinderat weiter mit dem Nahverkehr in Stuttgart beauftragt worden ist, einer Summe von an die drei Millionen Euro im Jahr. Das sind mehr als zehn Prozent des Jahresverlustes.

Sabine Groner-Weber, bei den SSB Personalvorstand, teilte auf Anfrage mit, dass seit Spätsommer 2017 erneut eine Einigungsstelle tätig sei. Den Spruch der Einigungsstelle aus 2015 zu den Grundsätzen für die Dienstbildungsparameter wende man an. Es gelte trotz der Kündigung durch den Betriebsrat so lange eine Nachwirkung, bis neue Regeln ausgehandelt seien. Die Dienstpläne will Groner-Weber „verfahrensgerecht“ vorgelegt haben. Es habe aber nachträglich geringfügige Korrekturen gegeben.

Gegenüber dem Betriebsrat vertraten die SSB die Meinung, dass die Dienstpläne schon deshalb mitbestimmt seien, weil man sich an die Parameter gehalten habe. Die Mitbestimmung des Betriebsrats sei „infolgedessen ausgeübt“. Das sieht Melzer anders. Die Geschäftsführung beschwichtigt. Man sei auch außerhalb der Einigungsstelle im Gespräch und suche eine Verständigung.